



Keine Reformen gegen die Menschen

Seit über einem Jahr befindet sich die SPD in einer Koalition mit CDU und CSU. Während die Union eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen in Deutschland betreibt, versucht die SPD, Schlimmeres zu verhindern: Sie nimmt mäßigend Einfluss, schließt Kompromisse ab, in denen sie Angriffe an der einen Stelle abwehrt, dafür aber Zugeständnisse an anderer Stelle macht.

Nach einem Jahr zeigt sich bereits deutlich, dass die Gefahr einer (indirekten) Regierungsbeteiligung der AfD dadurch nicht kleiner wird – im Gegenteil. Bei vielen Menschen steigt zudem der Frust, weil Belastungen und Ängste zunehmen, während sie ihre Interessen nicht ausreichend politisch vertreten sehen. Gleichzeitig hat die Glaubwürdigkeit der SPD als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen durch Zugeständnisse in der Koalition stark gelitten. Dabei bräuchte es gerade heute eine starke Sozialdemokratie, die glaubwürdig die Interessen der arbeitenden Klasse organisiert und durchsetzt.

Unsere Roten Linien

Dafür braucht die SPD in der Koalition mit der Union eine Rote Linie: Reformen, die die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern, den Druck auf sie erhöhen und die Kräfteverhältnisse zu ihren Lasten verschieben, dürfen keine Mehrheit finden. Jedes Reformvorhaben muss darauf geprüft werden: Werden Beschäftigte, Rentner:innen, Familien, Mieter:innen oder Menschen mit geringen Einkommen zusätzlich belastet? Werden Schutzrechte geschwächt, Sozialleistungen gekürzt oder öffentliches Eigentum angegriffen?

Die Bundesregierung treibt derzeit einige Reformen und Projekte voran, bei denen das der Fall ist:

- Die **Ausweitung sachgrundloser Befristungen**, die **Absenkung des Kündigungsschutzes**, eine **Krankenschein-Pflicht** ab dem ersten Tag oder eine **Abschaffung des Achtsturentages** würden die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit klar zulasten der Beschäftigten verschieben und den Druck auf sie erhöhen.
- Der Entwurf für das **Pflege-Neuordnungsgesetz** aus dem Gesundheitsministerium ist keine strukturelle Reform. Stattdessen verlagert er Verantwortung und Kosten auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen
- Die Renten-Kommission der Bundesregierung hat Vorschläge erarbeitet, von denen einige Verbesserungen bedeuten würde. Vor allem die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine **Rentenversicherung** wäre ein wirklicher Fortschritt. Gleichzeitig finden sich dort



auch Vorschläge wie die Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte, die zusätzliche Belastungen für viele Menschen bedeuten würden.

- Der Regierungs-Entwurf für den Bundeshaushalt sieht weitreichende Kürzungen in unterschiedlichen sozialen Bereichen vor, während die Rüstungsausgaben enorm steigen. **Kürzungen** wie beim **Wohngeld**, **Elterngeld**, beim **Unterhaltsvorschuss** oder in der **Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe** würden Menschen treffen, die dringend auf diese Leistungen angewiesen sind.
- Eine faktische Abschaffung **Informationsfreiheitsgesetz** wäre kein Bürokratieabbau im Sinne der Menschen, sondern staatliche Abschottung vor diesen Menschen, vor allem gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalist:innen. Das Vorhaben, die Befugnisse der Nachrichtendienste zu erweitern, läuft neben der Aushöhlung von Grundrechten auch auf die Aufhebung der seit der Zeit des Nationalsozialismus verankerten **Trennung zwischen Nachrichtendiensten und Polizei** hinaus.

Wir rufen deshalb unsere **DL-Mitglieder im Deutschen Bundestag** und die anderen **Mitglieder der SPD-Fraktion** auf, **Reformen ihre Zustimmung zu verweigern**, durch die sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern würden.

Unsere Mitglieder bundesweit rufen wir dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass solche Reformen im Bundestag **keine Mehrheit finden**.

In die Offensive kommen

Stattdessen brauchen wir Reformen, die die Lebensbedingungen der Menschen spürbar verbessern, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zum Besseren verschieben. Dazu gehören **Vermögenssteuern** und eine gerechtere **Erbschaftssteuer**, um die extremen Vermögen stärker zu besteuern und die krasse Vermögensungleichheit zu senken, **Übergewinnsteuern**, eine **Senkung der Mehrwertsteuer** und **Preis-Obergrenzen** für Inflationstreiber wie Sprit, Strom, Energie und Lebensmittel, Reformen für **eine Versicherung für alle** bei Rente, Pflege und Gesundheit, Reformen für mehr **Tarifbindung** und einen höheren **Mindestlohn**, eine Reform der Mitbestimmung und mehr **Demokratie in der Arbeitswelt**, ein **Recht auf Arbeit und Weiterbildung**, planvolle **Investitionen** und eine **Transformationsstrategie** für die Wirtschaft, **Mietendeckel** und **Vergesellschaftungen**, um die explodierenden Mieten einzugrenzen.

Das alles wären Reformen im Sinne und Interesse der Menschen. Wenn dafür heute keine politischen Mehrheiten bestehen, ist das kein Grund, diese Vorhaben aufzugeben. Es ist der Grund, Mehrheiten dafür aufzubauen. Denn obwohl es derzeit keine politischen Mehrheiten im Bundestag dafür gibt, werden sie von breiten Mehrheiten in der Bevölkerung unterstützt. Auch wenn diese Vorhaben mit der Union nicht umsetzbar sind, sollte die SPD sie also offensiv vertreten. Nur so können die Unterschiede in den politischen Zielen klar hervortreten. Nur so kann die Sozialdemokratie dafür kämpfen, die gesellschaftlichen Mehrheiten für diese Vorhaben auch in politische Mehrheiten zu übersetzen.